

Der schweizerische Weg in der Weltfinanzkrise

von Christoph Blocher, Herrliberg

Vortrag gehalten anlässlich einer
öffentlichen Veranstaltung der SVP des Kantons Zürich,
1. November 2008, Hotel Marriott, Zürich

Es gilt das schriftliche und das mündliche Wort.
Der Redner behält sich vor, auch stark vom Manuskript abzuweichen.

INHALTSVERZEICHNIS

I. Einleitung.....	2
II. Weltweite Krise und deren Ursache	2
III. Die Notwendigkeit funktionierender Banken.....	5
IV. Staatliche Rettungsmassnahmen und ihre Fragwürdigkeit.....	5
V. Warum musste die Schweiz handeln?.....	7
VI. Unser Wohlergehen hängt auch an den Banken.....	8
VII. Verfehltes Bonussystem der Finanzbranche	9
VIII. Vertrauensbildung im Finanzwesen	10
IX. Zur heutigen Wirtschaftslage	11
X. Ist die Schweiz, sind die Unternehmen für einen Konjunkturrückgang gewappnet?.....	13
XI. Was ist zu tun zur Bewältigung des Konjunkturrückganges?	13
XII. Schlusswort.....	16

I. Einleitung

Eine gefährliche Finanzkrise erschüttert die ganze Welt.¹ Man reibt die Augen und wundert sich.

Grösste amerikanische Banken stehen vor dem Abgrund oder sind schon untergegangen. Renommierete europäische Finanzinstitute brechen ein, die Schweizer Grossbanken verlieren enorm an Wert und müssen ihr Aktienkapital massiv erhöhen. Die UBS – die grösste Schweizer Bank – braucht Hilfe vom Staat. Die Aktienkurse aller Industrierwerke brechen ein.

Noch Anfang Oktober versicherten unsere Grossbanken und der Bundesrat, eine staatliche Hilfe für die Bankeninstitute sei nicht notwendig. Doch das Undenkbare ist Tatsache geworden. Vielleicht gerade deshalb, weil diese Möglichkeit niemand wahrhaben wollte.

Warum halte ich heute diesen Vortrag? Nach den Ereignissen der letzten Wochen stelle ich fest, dass **in der Bevölkerung eine allgemeine Verwirrung, ja Orientierungslosigkeit vorherrscht**. Viele haben mich gebeten, Ihnen zu erklären, wie sie das Ganze verstehen sollen. Nach einem längeren Aufenthalt im Ausland wurde ich auch von zahlreichen Journalisten bestürmt. Ich habe mich deshalb entschlossen, die Einladung der SVP des Kantons Zürich zu einem grundlegenden Vortrag über den schweizerischen Weg in der Weltfinanzkrise anzunehmen.

II. Weltweite Krise und deren Ursache

Eigentlich weiss es jeder oder sollte es wissen: Es gibt **nicht nur Jahre der Hochkonjunktur, sondern auch Jahre der schwachen Konjunktur**. Von 7 fetten Jahren und 7 mageren Jahren spricht schon die Bibel. Doch Warner vor einer Konjunkturabschwächung wurden belächelt.

Am **17. November 2007** – also vor fast einem Jahr – veröffentlichte die Schweizerische Depeschagentur folgende Medienmitteilung: "Bundesrat Christoph Blocher rechnet mit einem Rückgang des Wirtschaftswachstums im nächsten Jahr. Erscheinungen wie die Krise auf dem amerikanischen Hypothekenmarkt wiesen auf den Anfang einer Rezession hin. Die Schweiz befinde sich noch in einer Hochkonjunktur, 'doch es wird schlechter werden im nächsten Jahr', sagte der SVP-Bundesrat in seiner Fernsehsendung 'Teleblicher' am Samstag. In der Regel beginne die Rezession in Amerika und schwappe ein bis zwei Jahre später auf Europa über. Momentan werde die Krise in den USA noch überlagert durch die Nachfrage von Ländern wie China und Indien. Mit einer Rezession werde auch die Arbeitslosigkeit wieder steigen, und der Staat müsse sich auf tiefere Steuereinnahmen vorbereiten".

¹ Vgl. Beilagen: Seite 1-3 Chronologie der aktuellen Finanzkrise und Seite 4 Charts über die Grösse der Schweizer Banken im Vergleich zum BIP und im Vergleich zu den amerikanischen Banken!

Die "Berner Zeitung" und die "Neue Luzerner Zeitung" reagierten umgehend. Sie gaben einem von mir geschätzten Ökonomieprofessor, mit dem ich befreundet bin, das Wort und schrieben: "Wirtschaftsexperte Franz Jaeger kritisiert Bundesrat Blocher für die Aussagen zur künftigen Wirtschaftslage hart. Er sollte besser Zuversicht ausstrahlen, als sich in Prognosen wagen, von denen er zu wenig verstehe."

Zu einer möglichen Rezession sagte Jaeger: "Das ist Schwarzmalerei". Jaeger wörtlich: "Ich finde es problematisch, wenn Leute, die sich nicht professionell mit weltwirtschaftlichen Makroprognosen befassen, solche Aussagen machen. Das hilft nicht, die Verunsicherung zu lösen, sondern verstärkt sie mehr. Ich war nicht begeistert, als ich Blochers Aussagen las. Er sollte besser Zuversicht ausstrahlen."²

Am 28. Dezember 2007 antwortet Professor Jaeger auf die Frage, ob er denn jetzt Aktien kaufe: "Die USA schlittern nicht in eine Rezession. Und die Schweizer Wirtschaft wird bereits 2009 wieder gegen drei Prozent wachsen."

Der makroökonomische Fachmann fährt weiter zum möglichen Börsencrash: "Mit Blick auf die realwirtschaftliche Entwicklung ist ein solcher Crash kaum vorstellbar!"

Und auf die Frage, ob er denn in den vergangenen zwei Monaten Aktien gekauft habe, antwortet Jaeger: "Das habe ich. Unter anderem Aktien von UBS."³

Heute muss ich sagen: Vielleicht ist es besser, wenn ich von Makroökonomie nichts verstehe und mich auf meine Erfahrung und Intuition stützen muss.

Es ist leider immer das Gleiche. Leider vergisst man in guten Zeiten die ewig gültige menschliche Wahrheit: **Es ist nichts schwerer zu ertragen, als eine Reihe guter Tage.** Übermut und Masslosigkeit sind die Folgen.

Am meisten scheint dies derzeit auf der ganzen Welt, aber leider auch in der Schweiz, für die Bankenbranche zuzutreffen: Die jahrelangen hohen Gewinne der Banken (z. T. vor allem auf dem Papier) **wurden der eigenen Fähigkeit zugeschrieben** und deren Dauerhaftigkeit weder in Frage gestellt noch untersucht. **Vom Leichtsinns zum Grössenrausch ist nur ein kurzer Weg.**

Dieses sorglose Geschäftsgebaren wurde bankintern noch **gefördert durch ein verfehltes Bonussystem** mit völlig falschen Anreizen.

Dieses stützte sich auf die **kurzfristige Gewinnentwicklung während der Bonusperiode. Langfristige Wertbetrachtungen und Risikodenken gingen verloren.**

² Vgl. Berner Zeitung, 20.11.2007, S. 3, Neue Luzerner Zeitung, 20.11.2007, S. 3

³ STOCKS, 28.12.2007, Ausgabe Nr. 1, Seite 12

Die lang andauernde amerikanische Hochkonjunktur liess die notwendige Vorsicht vermissen. **Realitätssinn und Risikoüberprüfung schwanden auch bei den Aufsichtsorganen**, in der **Politik** und in der **Gesellschaft** allgemein.

Jedermann fragt sich heute, warum dies eigentlich niemand sah.

Wo waren die Augen der **Verwaltungsräte**?

Was taten all die sogenannten **Riskmanager**?

Was haben eigentlich die teuren staatlichen **Aufsichtsbehörden** mit ihren zahlreichen Revisoren getan?

Warum sah die EBK, die **Eidgenössische Bankenkommision**, die Risiken nicht schon vor zwei Jahren?

All dies muss noch vertieft geklärt werden, damit die richtigen Schlüsse gezogen werden können.

Es kam, was kommen musste: **Die jahrelange Konjunktur ging zurück** – zunächst in Amerika –, und damit fielen auch die **Immobilienpreise**. Das ist nichts Abnormales. Schwache Konjunkturen bringen tiefere Preise für Immobilien. Es ist unverständlich, warum das immer wieder vergessen wird.

Es sind noch keine zehn Jahre her, dass in der Schweiz beim Konjunktur-einbruch das Gleiche erlebt werden musste: Nicht nur Aktien und vielerlei andere Kapitalanlagen verloren an Wert, sondern eben auch die Liegenschaften. Damals waren die Schweizer Banken genötigt, 50 Milliarden abzuschreiben. **Einzelne Kantonalbanken gingen sogar Konkurs**. Heute erleben wir dasselbe in den USA, nur in viel grösserem Ausmass. Während Jahren hat man dort viel zu leichtfertig Hypotheken gegeben und diese in immer unübersichtlichere, sog. Strukturierte Produkte (Suprime-Papiere) verschachtelt, die sich im Konjunkturrückgang weitgehend als Luftblasen erwiesen: Wertberichtigungen, Abschreibungen, Gewinneinbrüche, Konkurse grosser Banken, staatliche Übernahmen, Staatsgarantien, usw. waren die Folgen.

Es ist nichts Aussergewöhnliches, dass in schlechteren Wirtschaftslagen vor allem schlecht geführte Betriebe in den Konkurs gehen. Es ist gerade die Stärke der freien Wirtschaft, dass falsch geführte Betriebe sterben müssen. **Unternehmer wissen: Wer es falsch macht, geht zugrunde**. Die gesamte Volkswirtschaft, der Wohlstand der Gesellschaft, die öffentliche Wohlfahrt etc. können sich nur weiter entwickeln, **wenn sich überall das Bessere durchsetzt**.

Der Markt entscheidet über die Güte, nicht der Staat. Deshalb darf es auch keine staatliche Rettung für schlecht gehende Unternehmen geben.

Soll dies alles in der jetzigen Finanzkrise plötzlich nicht mehr gelten? Wie kommt der Staat dazu, ein Notprogramm für ein privates Unternehmen – die UBS – zu schnüren? Dieser Frage wollen wir nachgehen, zunächst aber den Ursachen:

Die Ursachen der jetzigen Finanzkrise sind zusammengefasst folgende:

1. Ein weltweiter Übermut, wie er leider in guten Tagen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft immer wieder vorkommt, hat zu Leichtsinns und Realitätsverlust geführt.
2. Gravierende Managementfehler, die zusätzlich durch ein völlig verfehltes Bonussystem massiv begünstigt wurden, haben zu falschen, risikoreichen Entscheiden geführt.
3. Die staatliche Bankenaufsicht hat den Zweck nicht erreicht: Die Mängel wurden nicht früh genug erkannt.
4. Banken sind so bedeutungsvoll geworden, dass man sie nicht mehr zugrunde gehen lassen kann, weil dabei die gesamte Volkswirtschaft, ja der gesamte Staat, in den Abgrund gerissen würde.
5. Unsere Banken haben durch ihre Verflechtung mit riesigen Ausland-Engagements ein grosses staatliches Risiko geschaffen.

Fünf Gründe sind es also, die zur heutigen gefährlichen Situation führten. Hier haben Unternehmen und Politik anzusetzen und die nötigen Anpassungen vorzunehmen.

III. Die Notwendigkeit funktionierender Banken

Warum besteht eigentlich diese Abhängigkeit von den Banken?

Ein **funktionierendes Bankensystem ist für das Wohl jedes Einzelnen und für die gesamte Wirtschaft von grosser Bedeutung**. Denken Sie an das ganze Kreditwesen. Denken Sie an alle kleinen, mittleren, grossen Unternehmen und ihre Bankentätigkeit. Denken Sie an die Rentner, die Pensionskassen. Denken Sie an Ihre Altersvorsorge. Denken Sie an Ihr Ersparnis. Denken Sie an die Staaten mit ihren Milliarden von Schulden, die mit grossen Krediten finanziert werden müssen. Was würde man tun, wenn keine Kredite mehr vergeben würden? **Für das Funktionieren der Wirtschaft und für die Sicherheit der Arbeitsplätze sind funktionierende Banken unabdingbar.**

Aber wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig ist das Bankwesen auf Vertrauen angewiesen. Wer Geld oder Wertschriften einer Bank anvertraut, vertraut darauf, all dies wieder zurückzubekommen, und zwar mit Zinsen. **Er will Sicherheit. Diese ist ihm noch wichtiger als die Rendite der Kapitalanlage.** Wenn das Vertrauen fehlt, fällt das System zusammen. Diese Gefahr besteht zur Zeit – weltweit.

IV. Staatliche Rettungsmassnahmen und ihre Fragwürdigkeit

Die Staaten haben diese gefährliche Situation erkannt. Sie schnürten deshalb **Rettungspakete**. Ziel ist dabei nicht die Rettung einer einzelnen Bank, sondern die Gewährleistung eines funktionierenden Finanzsystems, die **Gewährleistung des Geldkreislaufes im Interesse der ganzen Wirt-**

schaft, was eine der primären Staatsaufgaben ist. Darum hat die Schweiz eine Nationalbank, darum Aufsichtsorgane wie die EBK, darum Bankengesetze und viele Regulierungen.

Es geht bei diesen Rettungsmassnahmen um die Existenz der Volkswirtschaft, um das Überleben des Landes und damit um eine Art von Notrecht, wie es auch im Krieg gilt. Solche Notmassnahmen gehen weit und setzen das normale Recht, insbesondere die ganze Ordnungspolitik, punktuell auch Freiheitsrechte, nämlich die Handels- und Gewerbefreiheit, ausser Kraft. **Solch schwerwiegende Eingriffe lassen sich höchstens zur Rettung der gesamten Volkswirtschaft verantworten.**

Ich betone dies ganz besonders, weil **die Politik Gefahr läuft, solche ausserordentlichen Massnahmen auch für andere Zwecke zu missbrauchen.**

Die Politiker haben nämlich bereits Blut gerochen und entwickeln einen beunruhigenden Tatendrang. Über den angestrebten Zweck hinaus möchten sie die Wirtschaft in die Hand nehmen und ihren Einfluss mächtig ausweiten. **Die Politik ist daran, jene Masslosigkeit an den Tag zu legen, die man zu Recht der Bankelite für ihr Tun in den vergangenen Jahren vorwirft.** So will der französische **Präsident Sarkozy** sogenannte "Schlüsselindustrien" verstaatlichen, damit die Börsenkurse nicht sinken. Selbstverständlich bestimmt dann der Staat oder der Präsident, was eine Schlüsselindustrie ist. Finanziert würde das Ganze durch den Steuerzahler. Der **sozialdemokratische deutsche Finanzminister Steinbrück** droht der Schweiz "mit der Peitsche", wenn sie das Steuersystem nicht nach seinem Gusto gestalte. Weil man zur Rettung der Volkswirtschaft analog dem Notrecht das Recht zeitweise ausser Kraft setzt, glaubt man, das Recht nun überall aus den Angeln heben zu können. **Wir lassen uns vom deutschen Finanzminister nicht als obskuren rechtlosen Piratenstaat behandeln!**

Aber auch in der Schweiz schreien die Staatsgläubigen – allen voran die Linke – unterstützt durch den bekannten Medienchor – nach mehr Staat und weniger Wirtschaft. Sie predigen wieder einmal das Primat der Politik. Vergessen sind alle die Pleiten bei der Swiss, SBB-Cargo, die Milliardenerschüsse in die Pensionskassen des Bundes und seiner nachgelagerten Betriebe. In Deutschland sind die ersten Banken, die Hilfe brauchen, ausgerechnet staatliche Banken! Es ist mit aller Entschiedenheit am Grundsatz festzuhalten: **Die freie Marktwirtschaft ist das beste System zur Erreichung des Wohlstandes.**

Das ist keine Ideologie sondern Erfahrung. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten zeigt, dass **die staatliche Planwirtschaft kein System** zur Erreichung der öffentlichen Wohlfahrt ist: **Das Ganze hat in der Verarmung der Bevölkerung geendet und führte schliesslich zum Kollaps der Staaten.**

Umso dringender ist zu fragen, ob die heutigen "notrechtlichen Massnahmen", die **faktisch staatliche Bankgarantien** darstellen, überhaupt notwendig und richtig sind. Insbesondere für die Schweiz.

V. **Warum musste die Schweiz handeln?**

Noch **vor ein paar Wochen** war es gemäss Einschätzung der schweizerischen Grossbanken, der Eidgenössische Bankenkommission (EBK), der Schweizerischen Nationalbank und des Bundesrates klar, dass **unsere Grossbanken die Lage ohne Staatshilfe meistern könnten. Doch nach den drastischen Staatseingriffen in den USA und Grossbritannien stand die Schweiz plötzlich als einziger Finanzplatz der Welt da, der keine faktischen Staatsgarantien für die Sicherheit der schweizerischen Grossbanken gewährte.** England und USA hatten plötzlich sichere Banken als die Schweiz. Um die Abwanderung von Mitteln an diese Banken zu unterbinden, musste die Schweiz etwas tun. **Es galt der Welt zu zeigen, dass die Schweiz hinter ihrem Finanzplatz steht und bereit ist, notfalls dafür einzustehen.**

So hat sich die Nationalbank entschlossen, wertgefährdete Wertschriften der UBS zu übernehmen, d.h. einen Kredit von ca. 60 Milliarden für eine Auffanggesellschaft zu sprechen. **Dies ist ein Kredit, der zurückbezahlt werden muss.** Im guten Fall macht die Nationalbank damit einen Gewinn. **Es handelt sich nicht um eine Staatsausgabe.**

Zudem wird der Bund eine **Pflichtwandelanleihe** zeichnen und ist bereit, zum Grossaktionär der UBS zu werden. **Das Zeichnen einer Pflichtenleihe ist kein Geschenk an die Bank, sondern eine Investition.** Natürlich ist sie wie jede Investition mit Risiken behaftet. Der Erfolg wird sich zeigen. **Es handelt sich in diesem Fall auch nicht um eine Staatsausgabe. Die beiden Massnahmen kosten den Steuerzahler nichts. Bund und Nationalbank haben alles daran zu setzen, dass daraus ein Gewinn entsteht.** Die **zweite Grossbank**, die CS, muss ihr Aktienkapital ebenfalls massiv erhöhen. Dank der Beteiligung von Aussenstehenden – aus dem Ölstaat Katar und der israelischen Holdinggesellschaft Koor Industries – will sie das **ohne den schweizerischen Staat** bewerkstelligen.

Ob all diese getroffenen Massnahmen auf Wunsch der Grossbanken selbst, auf Druck einzelner Grosskunden oder auf Druck der Nationalbank zustande gekommen sind, muss hier offen bleiben.

Wichtig ist, dass der Zweck dieser Notmassnahmen nicht primär die Rettung eines einzelnen Unternehmens, nicht die Rettung einer Bank, nicht die Rettung der UBS ist. Es geht um den **Schutz aller von den Banken abhängigen Schweizer und Schweizerinnen**, um den Schutz von **vielen kleinen, mittleren und grösseren Unternehmen**, um die **arbeitende Bevölkerung**, deren **Arbeitsplätze auch in anderen Betrieben ohne diese Massnahmen massiv gefährdet wären.** Es geschieht zum

Schutze all derjenigen, die gespart und ihr Geld und ihr Vermögen auf den Banken angelegt haben. Es geht um den Schutz der Rentner, der Pensionskassen, der Zweiten Säule usw.

Meine bange Frage lautet allerdings: **Genügen diese Massnahmen, um das Vertrauen international zu stärken?** Bundesrat, Nationalbank, EBK und offenbar auch die Grossbanken sind dieser Meinung.

Leider sind diese ausserordentlichen Massnahmen durch den Bundesrat und die Presse nicht genügend kommuniziert und dargelegt worden. **Sie wurden zu sehr als Rettungsmassnahmen für eine einzelne Bank dargestellt und deshalb von der Bevölkerung als ungerecht empfunden.** Es stimmt: Die Schweiz hat der UBS als Unternehmen **nicht** zu helfen. Aber es geht in diesem Fall **einzig darum, für die gesamte Wirtschaft und damit für jeden einzelnen Bürger eine Katastrophe zu vermeiden.** Diese Botschaft ist beim Volk nicht angekommen. Auch wurden die Massnahmen als Staatsausgaben bezeichnet, was sie nicht sind.

VI. Unser Wohlergehen hängt auch an den Banken

Der wesentliche Grund, warum der Staat zu Hilfe eilen musste, ist die Tatsache, **dass ein Bankrott einer Grossbank die schweizerische Volkswirtschaft in den Abgrund ziehen würde.** Das zeigt, wie risikoreich die Abhängigkeit der **Volkswirtschaft von Banken** ist. Deshalb müssen die Risiken, die Schweizer Banken eingehen können, eingeschränkt werden. In der **heutigen Konstruktion trägt eine Schweizerische Grossbank auch die vollen Risiken ihrer Auslandtätigkeiten.** Sollte der Staat einmal eine Bank retten, weil es im Interesse der schweizerischen Volkswirtschaft nötig ist, müsste der Steuerzahler auch für Bankverluste z. B. in den USA gerade stehen. Das ist absurd. Wir hoffen nicht, dass es einmal dazu kommen wird. Dabei stellt sich erst noch die ernsthafte Frage, ob der Staat Schweiz im Ernstfall überhaupt stark genug wäre, einen Zusammenbruch einer Grossbank finanziell zu verhindern.

Diese Erkenntnis muss sich in der Gesetzgebung endlich niederschlagen. In den vergangenen Jahren wurde stets argumentiert, solche Unternehmen könnten gar nicht zu Grunde gehen. **Die Gesetzgebung hat dafür zu sorgen, dass Grossbanken verpflichtet werden, sich so zu strukturieren, dass die Risiken der Banken auf verschiedene selbständige, voneinander unabhängige Tochtergesellschaften aufgegliedert werden.** Dies verlangt eine von der SVP eingereichte Motion.⁴ Vorstellbar ist eine Bankenholding mit verschiedenen operativ selbständigen Töchtern in verschiedenen Ländern. Dabei müsste die Höhe der Kreditvergabe der

⁴ SVP-Motion Nr. 08.3649: "Verhinderung von untragbaren Risiken für die Schweizer Volkswirtschaft".

schweizerischen Töchter an ausländische Schwestergesellschaften im Verhältnis zur Inlandtätigkeit gesetzlich beschränkt werden.⁵

Hätte die Schweiz solche Regelungen schon früher gehabt, würde zum Beispiel heute vielleicht im schlimmsten Fall die amerikanische UBS-Gesellschaft in Konkurs gehen. Im schlimmsten Fall würde sie wahrscheinlich auch die Holding in Mitleidenschaft ziehen, aber die schweizerische Tochtergesellschaft, von der die schweizerische Volkswirtschaft in hohem Masse abhängig ist, **würde durch dieses Debakel im Ausland nicht so stark betroffen und könnte jedenfalls gerettet werden. Dieses Anliegen ist so dringend und wichtig, dass, falls Bundesrat und Parlament nicht handeln, eine Volksinitiative ins Auge zu fassen ist.**

VII. Verfehltes Bonussystem der Finanzbranche

Eine der Ursachen für den Niedergang der Banken ist, wie erwähnt, **das verfehlte Bonussystem**. Zum einen wurde **ein wesentlicher Teil des momentan auf dem Papier ausgewiesenen Gewinnes direkt an die Mitarbeiter ausbezahlt**, was eigentumsmässig verwerflich ist. **Andererseits schuf man damit auch völlig verfehlte Anreize**.

So wurden immer höhere Boni auch in schlechten Zeiten ausbezahlt. **Man fand jedes Mal einen neuen Grund, um die Boni zu rechtfertigen**. In Extremfällen führte dies geradezu zu einer Art modernem **Söldnertum** – wie dies ein Bankier nannte: Zuerst heuerten die Banken Wunderknaben mit hohen Transfersummen an. Dann, wenn die "Beute" erzielt war, wurde diese nicht vollständig dem Unternehmen gut geschrieben, sondern sie wurde zum grossen Teil grosszügig unter den Angestellten aufgeteilt. Wie im Söldnertum bieten die Wunderknaben ihre Dienste stets dem Meistbietenden an.

Die Bankverantwortlichen sind aufgerufen, dieses System rasch und unerbittlich zu ändern! Ich nehme für mich in Anspruch, dass ich heute **nicht zum ersten Mal über diese Probleme spreche**. Ich halte nichts davon, mit den Wölfen zu heulen, schon gar nicht mit den politischen. Als einer der ersten habe ich bereits vor Jahren vor dieser Entwicklung gewarnt. Ich verweise u. a. auf meine Albigüetlirede 2002.⁶

Eine entsprechende Parlamentarische Initiative zur Transparenz der Managerentschädigungen und zur Abschaffung des Depot-Stimmrechtes hat die SVP-Fraktion auf mein Betreiben ich schon vor Jahren eingereicht.⁷ **In meiner Amtszeit als Bundesrat wurde die Transparenzvorlage, das Revisions- und das Aktienrecht vorangetrieben.**

⁵ Vgl. Interview in Sonntagszeitung vom 21.09.08 "Man müsste die Tätigkeit im Ausland beschränken"

⁶ Albigüetlirede 2002 "Chumm Bueb und lueg dis Ländli aa!"
(Download: http://www.blocher.ch/de/archiv_albis.htm)

⁷ 02.406 vom 6.3.2002: Offenlegung der Entschädigungen und der Beteiligungen der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung

Wie kam es eigentlich zu diesem **Bonussystem**? Ursprünglich wurden Boni eingeführt mit der Begründung, die **unternehmerische Tätigkeit der Mitarbeiter zu stärken**. Dagegen ist nichts einzuwenden. Allerdings hat man dabei **nur die eine Seite des Unternehmers gesehen**. Es ist zwar richtig, dass ein Unternehmer, der seine Sache gut macht, dank seines florierenden Unternehmens reich wird. Sein Reichtum steckt dann eben in diesem Unternehmen selbst. **Man vergass aber die zweite Seite des Unternehmers: Im Falle des Misserfolges verliert er sein Vermögen und wird arm.** Damit hat das heutige Bonussystem wenig zu tun. **Die Banken kommen nicht darum herum, ihr System zu ändern.** Boni sollen gute Leistungen, die dem Unternehmen langfristig Gewinn bringen, belohnen, mehr nicht. Notfalls sind die entsprechenden Arbeitsverträge zu kündigen und durch neue realistische Verträge zu ersetzen.

VIII. Vertrauensbildung im Finanzwesen

1. Aktienrecht rasch behandeln

Massgebend für die Privatwirtschaft ist das Privateigentum. **Eigentümer der Grossgesellschaften sind die Aktionäre.** Heute ist das Eigentum der Aktionäre mangelhaft geschützt, darum sind solche übertriebenen Boni-Zahlungen möglich geworden. Im neuen Aktienrechtsentwurf, der noch an der letzten Bundesratssitzung, an der ich teilnahm, verabschiedet wurde, werden die **Aktionärsrechte massiv gestärkt: Dies zum Schutz des Privateigentums, aber auch zur notwendigen Änderung des Bonussystems und gegen die unangemessene Höhe der Boni.**

Die börsenkotierten Unternehmen werden somit verpflichtet, die Verwaltungsräte jährlich einzeln neu wählen zu lassen. So haben die Aktionäre, also die Eigentümer, die Möglichkeit, durch die Wahl oder Nicht-Wahl und unter voller Kenntnis aller Bezüge zu bestimmen, ob die Entschädigung der Verwaltungsräte deren Leistung entspricht. Ebenso sieht das neue Aktienrecht strengere Vorschriften bezüglich **Rückzahlung unberechtigter übersetzter Bezüge vor.**

Dieser Entwurf ist bis jetzt leider aus den Managerkreisen, aber auch von der FDP und der CVP bekämpft worden, nicht zuletzt wegen der Massnahmen im Bonusbereich. Ich hoffe, dass jetzt eine Meinungsänderung eintritt.

Das neue Aktienrecht ist sofort **ungeschmälert zu verabschieden, damit die Situation verbessert werden kann.**

2. Bonussystem radikal ändern

Die Banken selbst haben ihr Bonussystem rasch und radikal zu ändern. Nicht nur die **Höhe der Bezüge**, sondern das **ganze System** muss geändert werden. Für die **Leistungserbringer sind angemessene Saläre** zu bezahlen. Boni sind nur berechtigt, wenn durch besondere

Leistungen besondere langfristige Ergebnisse erzielt werden. Bei Nicht-Erreichen der Leistungsziele gibt es keine Boni! Geradezu lächerlich sind die jetzt im Büsserton vorgetragenen Verzichte der deutschen Bankaufsichtsräte auf den Bonus 2008. Worauf verzichten sie eigentlich? Verzichten kann man ja nur auf etwas, worauf man einen rechtlichen Anspruch hat. Heisst das, dass der Bonus bereits Lohnbestandteil ist?

3. Verwaltungsrat in die Pflicht nehmen

Die Funktion des Verwaltungsrates muss neu und konsequent überdacht werden. Dabei hat man zurück zu gehen zu den klaren Verhältnissen des klassischen Unternehmertums. **Der Verwaltungsrat ist der Vertreter der Eigentümer und übt für sie die unternehmerische Funktion im Unternehmen aus.** Bei ungenügendem Geschäftsgang ist der Verwaltungsrat der erste, der für das gesamte Ergebnis verantwortlich ist, und er muss diese Verantwortung auch tragen. **Wird er am Gewinn beteiligt durch Boni, so muss er auch am Verlust beteiligt sein.**

4. Risiko für den Staat beschränken

Der Gesetzgeber hat dafür zu sorgen, dass die Risiken, die die Schweizer Banken eingehen, beschränkt werden. Es ist unhaltbar, dass der Staat einzelnen Unternehmen helfen muss, weil diese zu risikoreiche Geschäfte im Ausland eingegangen sind. Dieses Problem ist jetzt **dringend anzugehen und darf nicht wieder zur Seite geschoben werden.** Notfalls ist dies durch eine **Volksinitiative** zu verlangen.

Für den schweizerischen Staat steht zur Zeit die Bewältigung der Finanzkrise im Vordergrund. Es gilt, das **Vertrauen** in die Banken, in die Wirtschaft wieder herzustellen. **Vertrauen kommt dann, wenn richtige Entscheide getroffen werden, wenn die Bürger und Bürgerinnen sehen, dass das Richtige getan und durchgesetzt wird.**

Dies geschieht im Augenblick vor allem dadurch, dass **die Schweiz im In- und Ausland zeigt, dass sie hinter den schweizerischen Banken steht, nachdem dies die anderen Staaten für ihre Banken bereits getan haben.**

Dem Rettungspaket – wie es Nationalbank und Bundesrat vorlegen – ist darum zuzustimmen. Damit keine solchen Bankzusammenbrüche mehr entstehen, sind aber flankierende Massnahmen nötig, wie sie unter Kapitel VIII. dargelegt sind.

IX. Zur heutigen Wirtschaftslage

Wir haben nicht nur eine weltweite Finanzkrise; weltweit bricht auch die Konjunktur ein. Sie ist eine Reaktion auf die jahrelange weltweite Hochkonjunktur. Dieser Rückgang musste kommen! **Es geht in der Wirt-**

schaft nie nur aufwärts, sondern immer auch wieder abwärts. Der Konjunkturrückgang wird aber verstärkt durch die **Finanzkrise**. **Auch in der Schweiz müssen wir uns auf einen relativ starken Einbruch wappnen.** **Es gilt umzudenken.** Aber ich bin überzeugt, dass wir diese schwierige Zeit durchstehen werden. Die Börsenentwicklung, die ja nicht nur den Bankwerten, sondern sämtlichen Aktienwerten grosse Verluste brachte, zeigt diese Verschlechterung. Allzu lange – man vergleiche die positiven Aussagen zur Konjunktur des Bundesrates noch im September 2008 – **hat man die Anzeichen nicht wahrnehmen wollen.** Heute erkennt man, dass überall – nicht nur bei den Banken – über die Verhältnisse gelebt wurde. Man vergass die einfachsten Lebens- und Unternehmensgrundsätze. Doch es ist immer das Gleiche:

Es ist nichts schwerer zu ertragen, als eine Reihe guter Tage!

Aus dem Engadin erzählte mir zum Beispiel im Frühjahr ein Hotelier, es sei letzten Winter ungeheuerlich gewesen, wie junge Leute mit Geld um sich geworfen hätten. So seien teuerste Weine bestellt worden, die Flasche Wein zu 3'000 Franken, von Leuten, von denen man glaubte, sie hätten noch gar nicht richtig mit dem Arbeiten begonnen.

In der Politik geschah das Gleiche. Auch hier hat man das Mass verloren. Ich erinnere an **die Ausgabenfreudigkeit** und die zahlreichen Beschlüsse im Energiewesen, wo man völlig unrealistische **Alternativenergien förderte** zu Gestehungskosten von 90 Rappen. Diese sind viermal höher als die heutigen Energiegestehungskosten. Das kann man nur in Verkennung der Realität tun, wie dies in guten Jahren geschieht.

Zahlreiche weitere Luftschlösser und Ideologieprojekte im Umweltschutz wurden bewilligt und müssen berappt werden.

Im Schulbereich beschlossen die Erziehungsdirektoren ein Projekt "**Harmos**", das schlechtere Schulausbildung zu horrend höheren Ausgaben bringt. Die Kosten haben die Steuerzahler zu berappen. Man will für die Kindererziehung nicht mehr selber verantwortlich sein. **Es gibt nichts schwerer zu ertragen, als eine Reihe guter Tage.**

Weltfremdheit und Realitätsverlust stehen überall im Vordergrund. Schauen Sie das erste Halbjahr von 2008 an: Im Mittelpunkt der politischen Arbeit stand die Euro 08. Nichts gegen Sport und Spiele! Nur: Wäre es nicht besser gewesen, man hätte sich in der Politik **mit den Lebensrealitäten und den Wirtschaftsgrundlagen des Landes befasst?**

Die Politik gefiel sich in den letzten guten Jahren in **Ausgabenerhöhungen**. Die **hohen Steuererträge, die zu Überschüssen in den öffentlichen Kassen führten**, wurden schnell dem eigenen Verdienst zugeschrieben. Dabei waren sie das **Resultat hoher Steuereingänge, unter anderem auch hoher Steuerzahlungen aus den Scheingewinnen der Banken** – wie sich

heute herausstellt. Die Schweiz steht **vor einem Konjunkturunbruch**. Wir merken alle, dass wir über den Verhältnissen gelebt haben. Es gilt halt doch: **Es ist nichts schwerer zu ertragen, als eine Reihe guter Tage**. Wichtig ist deshalb die Frage:

X. **Ist die Schweiz, sind die Unternehmen für einen Konjunkturrückgang gewappnet?**

Die **schweizerischen Unternehmen** haben im Allgemeinen in der Hochkonjunktur ihre **Bilanzen in Ordnung** gebracht und stehen heute besser kapitalisiert da als die meisten Unternehmen im Ausland, vor allem als Unternehmen in den USA. **Es sind erhebliche Reserven vorhanden, mit denen auch schwere Zeiten überwunden werden können**. Auch der **Schweizer Staat, die Gemeinden und die Bürger** stehen im Vergleich mit den ausländischen Staatswesen gut da. Auch wenn die Schweiz über die Verhältnisse gelebt hat, so wurde doch viel Substanz aufgebaut. **Solide Investitionen** – ich denke an Strassen, Schulhäuser, Bahnstrukturen – lassen uns auch mit eingeschränkten Mitteln während mageren Jahren gut durchkommen.

Dank dem Kleinstaat, dank seiner Flexibilität, dank der im Vergleich zum Ausland guten **Berufsausbildung** und der **Arbeitsmoral** ihrer Bevölkerung ist die Schweiz gut gerüstet. Neu muss in den Unternehmen, im Staat, aber auch bei den einzelnen Bürger wieder die Einsicht einkehren, dass man **sich nicht alle Träume verwirklichen** kann. Es gilt Abschied zu nehmen von Selbstverwirklichung und ideologischen Schwärmereien. Tun wir dies, so können die Schweizer Bürger **Vertrauen haben in diesen Staat und in sich selbst**. Die Schweiz hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie solch schwierige Situationen bewältigen kann.

XI. **Was ist zu tun zur Bewältigung des Konjunkturrückganges?**

1. **Für Unternehmer**

Generell gilt immer das gleiche Rezept. Ob in guten oder schlechten Tagen: **Kosten im Griff behalten, Innovationen und neue Produkte entwickeln und anbieten. Schlechte Zeiten sind die innovativsten, weil man sich in diesen Zeiten auf die erfolgsentscheidendsten Produkte konzentrieren muss**.

2. **Staatsausgaben senken**

Gerade in schlechten wirtschaftlichen Zeiten ist es von grösster Bedeutung, dass der Staat die **Bürger, die Konsumenten stärkt**. Die **Staatsausgaben sind zu senken, damit die Steuern und Abgaben gesenkt werden können**. Das stärkt die Konjunktur.

Nur keine Staatsausgaben aus Konjunkturgründen! Diese schwächen die Steuerzahler. Die **geplanten bescheidenen Ausgabensenkungsprogramme** sind mindestens durchzuführen. Dass nun bereits auch bürgerliche Parteien die Chance wittern, all diese bescheidenen Ausgabensenkungspläne über den Haufen zu werfen, ist unverantwortlich.

3. Steuern und Abgaben senken

Jetzt ist es besonders wichtig, die **Gebühren, Abgaben und Steuern zu senken**. Das bringt dem Bürger wieder Möglichkeiten, zu investieren, zu kaufen und sich konjunkturgerecht zu verhalten.

Stärkung der Bürger, Stärkung der Konsumenten **gibt Vertrauen in die Wirtschaft und in den Staat.**

- Die **kalte Progression muss verschwinden.**
- Die SVP fordert dringlich eine **Mehrwertsteuersenkung von 1%.** Das bringt Kaufkraft, verbessert die Kosten in den Betrieben und dämpft eine befürchtete Inflation.
- Da dies erst 2009 greift, ist als **Sofortmassnahme** von den Überschüssen des Jahres 2008 an alle Bürger auf Ende Jahr ein Beitrag von 500 Franken auszuführen, wie dies Nationalrat Toni Brunner vorschlägt. **Das gibt den Konsumenten Kaufkraft.**
- Wichtig ist, dass die **wettbewerbsverzerrenden Steuern** verschwinden. So sind die **Emissionsabgaben** abzuschaffen.
- Die **Mehrwertsteuererhöhung für die IV**, wie sie im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen wird, **ist abzulehnen.**

4. Fehlbeschlüsse sind rückgängig zu machen

Viel Unsinn, der in den letzten Jahren beschlossen worden ist, ist rückgängig zu machen – **vor allem im ganzen Umweltschutz-, Energie- und Regulierungsbereich, aber auch im öffentlichen Verkehr.**

5. Strompreise nicht erhöhen

Die verfehlt Gesetzgebung betreffend die sogenannte Stromliberalisierung – die gar keine Liberalisierung ist – ist zu sistieren und rückgängig zu machen. Die **massiven Strompreiserhöhungen darf es nicht geben.** Der Vorschlag von Bundesrat Leuenberger für eine Verordnungsänderung geht zu wenig weit.

6. Migrationsprobleme lösen

Den Problemen der **Migration, die sich in Zeiten schwacher Wirtschaft verstärken werden**, ist volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Die jetzt schon stark gestiegenen **Zugänge im Asylbereich** sind entschieden zu bekämpfen, da kann man nicht einfach nur nach neuen Unterkünften suchen. **Der Bundesrat hat zu führen, statt das Geschehene nachzuvollziehen.**

Es ist **unverständlich, dass der Bundesrat im Juli dieses Jahres auf das Recht verzichtet hat, die Ausländerquoten betr. den alten EU-Staaten wieder einzuführen.** Noch im Juli glaubte er, die Hochkonjunktur gehe dauernd weiter!

Die Schweiz muss mit **den Folgen der Personenfreizügigkeit in schlechter Wirtschaftslage** noch fertig werden. Sie hat noch keine Erfahrung damit, weil diese erst seit etwas mehr als einem Jahr für einige EU-Länder in Kraft ist. Jeder, der ein Jahr in der Schweiz gearbeitet hat, hat Anspruch auf bis zu fünf Jahre staatlicher Sozialleistungen. **Der Bundesrat hat sich auf den schlechtesten Fall vorzubereiten!**

In hochkonjunkturellem Übermut und in Verachtung des Stimmbürgers und der Demokratie hat das Parlament mit wohlwollender Begleitung durch den Bundesrat die Unverschämtheit begangen, die zwei getrennten Vorlagen – Weiterführung der Personenfreizügigkeit mit den alten Staaten und die Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien – in ein einziges "Päckli" zusammenzufassen. Die Stimmabgabe **ist deshalb unverfälscht nicht mehr möglich.** Am liebsten würde man der Urne fernbleiben! Das ist aber für den Schweizer auch keine Möglichkeit. Also wird man das **am wenigsten Falsche tun müssen**, weil das Parlament unter Führung der SP, den Grünen und der CVP das Richtige verunmöglicht! **Das am wenigsten Falsche ist die Ablehnung der Personenfreizügigkeitsvorlage! Also ist im Februar 2009 Nein zu sagen zur Personenfreizügigkeit.**

7. Keinesfalls ein EU-Beitritt

Die jetzige Finanzkrise zeigt, dass die Schweiz **keinesfalls der EU beitreten darf!** Wäre die Schweiz in der EU, hätte sie z. Bsp. **keine handlungsfähige Nationalbank mehr!** Weil die EU-Staaten keine eigenen Nationalbanken mehr haben, müssen sie zur Zeit selber Milliardenverpflichtungen eingehen und zwar aus leeren Staatskassen! **Beeindruckt von der Peitschendrohung des deutschen Finanzministers und ohne jegliches Verständnis für die Zusammenhänge ruft die SP bereits wieder zum EU-Beitritt auf! Und die CVP – wie könnte es anders sein – verabschiedet verklausulierte EU-Beitritts-Resolutionen.**

8. Nationalbank stärken

Die **Schweizer Nationalbank ist im Gegenteil zu stärken**. Die **Währungsreserven** sind zu erhöhen, um die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen zu vergrössern.

9. Bankgeheimnis in die Verfassung

Da der Druck von ausländischen Bankplätzen zunehmen wird, ist **das Bankkündengeheimnis in der Verfassung** zu verankern.

XII. Schlusswort

Zum Schluss: Krise kommt vom griechischen Wort "crisis". Das heisst "Umbruch". Krisensituationen sind unangenehm, weil man Schwierigkeiten in Kauf nehmen muss, um die Probleme zu lösen. **Es gibt nichts anderes, als zu den einfachen Lebensbedingungen zurückzukehren**. Der Grössenrausch und der übersteigerte Optimismus ist abzulegen: **in den Unternehmen, in der Politik und in der Gesellschaft**. Es gilt rückgängig zu machen, was man in der Hochstimmung der Hochkonjunktur **hätte unterlassen und durchsetzen, was man längst hätte tun sollen**. **Das schafft Vertrauen – in Unternehmen und in der Politik**.

Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingt. Merken Sie sich: **Es geht nicht nur abwärts, sondern immer auch wieder aufwärts!**
